

**Handlungsempfehlungen
zum Bericht**

**„Gesundheitliche Versorgungssituation von Migrantinnen und
Migranten im Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Heidelberg“**



**Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis
Referat Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung**

**BEZIRKSÄRZTEKAMMER NORDBADEN
ÄRZTESCHAFT HEIDELBERG**

Heidelberg 2011

Kontakt Gesundheitsamt:

Regina Berger-Schmitt
Gesundheitsberichterstattung
Telefon: 06221 522-1893
Telefax: 06221 522-91893
Email: regina.berger-schmitt@rhein-neckar-kreis.de

Christine Köhl
Gesundheitsförderung
Telefon: 06221 522-1825
Telefax: 06221 522-91825
Email: christine.koehl@rhein-neckar-kreis.de

Kontakt Ärzteschaft:

Dr. med. Herbert Zeuner
1. Vorsitzender
Sekretariat Frau Vath
Telefon: 06221 5388-0
Telefax: 06221 5388-225
Email: aerzteschaft.heidelberg@dgn.de

Das Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis / Heidelberg hat in Kooperation mit der Ärzteschaft Heidelberg die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten¹ im Amtsbezirk zu Kompetenzen und Erfahrungen für den Bereich von Fremdsprachenkenntnissen und interkultureller Verständigung im Praxisalltag befragt.

Die vorliegenden Ergebnisse dieser Studie lassen erkennen, dass die ambulante ärztliche und psychotherapeutische Versorgung von Migrantinnen und Migranten durch sprachliche und/oder kulturell bedingte Kommunikationsprobleme beeinträchtigt wird.

Mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation können – nach einer ersten Auswertungsrunde und ungeachtet weiterer, hier nicht erhobener Zugangsbarrieren – durch ein abgestimmtes Zusammenwirken von Öffentlichem Gesundheitsdienst, Krankenkassen und Ärzteschaft, sowie in Kooperation mit weiteren Akteuren im Gesundheitswesen, eingeleitet werden.

Die Initiatoren sind sich darin einig, dass die von den befragten Praktikerinnen und Praktikern berichteten Einschränkungen sowohl die Qualität der zu erbringenden Leistungen als auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis negativ beeinflussen können. Vor diesem Hintergrund haben sich Ärzteschaft und Gesundheitsamt auf folgende Vorgehensweise geeinigt:

1. Das Gesundheitsamt (im Referat Gesundheitsförderung und –berichterstattung) wird in zwei Schritten Konzepte und regionale Realisierungschancen für den nachhaltigen Einsatz von Dolmetscherdiensten auch im ambulanten Bereich des Gesundheitswesens prüfen:

- * Eine umfangreiche Recherche im deutschsprachigen und ggf. europäischen Raum soll professionelle wie ehrenamtliche Modelle – auch in anderen Handlungsfeldern, etwa: Justiz - dokumentieren und untersuchen, um daraus Empfehlungen für angepasste Lösungen zu gewinnen:
- * Die Krankenkassen (regional oder landesweit) sollen zu einem Expertengespräch eingeladen werden, um nicht zuletzt unter Kostengesichtspunkten über die Nutzung bzw. Weiterentwicklung bereits vorhandener Vorgehensweisen oder mögliche neue Kooperationslösungen ins Gespräch zu kommen.

2. Bei einem ersten Fachgespräch zwischen Gesundheitsamt und Vorstand der Ärzteschaft haben beide Seiten verabredet, einen intensiven Fachaustausch zu beginnen, der ergebnisorientiert auf weitere Maßnahmen zielt und ggf. weitere Akteure ansprechen oder einbinden will. Die Beteiligten stimmen darin überein, dass zwar

¹ Folgende Fachgebetsbezeichnungen führt die KV dazu auf: 1) Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, 2) Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie- und psychotherapie, 3) psychologische Psychotherapeuten, 4) Psychiatrie und Psychotherapie, 5) Psychosomatische Medizin und Psychotherapie/Psychotherapeutische Medizin

schon Vieles angestoßen wurde – angesichts der Befragungsergebnisse aber zusätzliche Bemühungen angezeigt sind.

Zum Themenspektrum dieses Fachaustausches gehören u.a.

- Anregungen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse bei Patienten und Ratsuchenden, etwa durch vermehrte Teilnahme an Integrations- bzw. Sprachkursen
- Einbeziehung von Medizinstudierenden bei der sprachlichen Vermittlung
- Initiativen zur Motivierung junger Menschen mit Migrationshintergrund für Berufe im Gesundheitswesen – und zu deren Beschäftigung (z.B. in Praxen)
- Sensibilisierung der Berufsgruppen im Gesundheitswesen für die Umstände und Begleiterscheinungen von Migration – etwa durch Fortbildungen und Foren
- Anregungen zu Fragen der ärztlichen Zulassung bzw. Niederlassung
- Zielgruppenorientierte Informationen für Familien mit Migrationshintergrund über das deutsche Bildungs- und Gesundheitssystem

Die Kooperationspartner sind sich einig, dass bisherige Initiativen aller Beteiligten nicht den Grad an Nachhaltigkeit erzielt haben, der unter dem Gesichtspunkt sprachlicher und interkultureller Verständigung zu einer befriedigenden Versorgung geführt hätte.

Der verabredete Fachaustausch soll daher zeitnah und mit Nachdruck auf Ergebnisse gerichtet fortgesetzt werden. Ein nächstes Treffen ist noch für den Monat Juni 2011 vorgesehen.

Heidelberg, Anfang Juni 2011